

Neben der Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes sollen in Zukunft die wirtschaftlichen Schwerpunkte auf dem "Ausbau der städtischen Infrastruktureinrichtungen und des Tertiärsektor in den Städten" liegen. In diesen Bereichen sollen vor allem die aus der Landwirtschaft abwandernden ländlichen Arbeitskräfte eine Beschäftigung finden. -ma-

*(48)

Kontraktarbeiter

1983 wurde das sog. Kontraktarbeitssystem für staatliche Industriebetriebe in China eingeführt. Das Verfahren hat sich nach Ansicht der Behörden bewährt. Es soll in Zukunft eine ständig breitere Anwendung finden. Zur Zeit sind im Rahmen dieses Verfahrens in den staatlichen Betrieben Chinas rund 3,5 Mio. Arbeitskräfte beschäftigt. Das entspricht einem Anteil von gut 4% an der Gesamtbeschäftigtenzahl in staatlichen Betrieben. Charakteristisch für das neue Verfahren ist, wie die Bezeichnung aussagt, die Anstellung der Arbeitskräfte auf der Grundlage von zeitlich begrenzten Verträgen. Diese Verträge können bei beiderseitigem Einverständnis des Betriebes und der Arbeitskraft verlängert werden. Als Vorteile des neuen Systems werden vor allem zwei Aspekte angesehen. "Das Arbeitsvertragssystem ermöglicht es den Unternehmen, die Zahl der Arbeitskräfte je nach Produktionslage zu erhöhen oder zu verringern und Leute ausgesucht zu beschäftigen". Ferner hat das neue System dazu beigetragen, "die Schwächen des alten zu überwinden, das als System der Eisernen Reisschüssel bekannt ist und jedem Arbeiter einen festen Lohn für eine bestimmte Zeit zugesteht unabhängig von seiner Arbeitsleistung".

Es hat den Anschein, daß das neue Einstellungsverfahren auf lange Sicht das alte Verfahren lebenslänglich garantierter Arbeitssicherheit ablösen wird. Darauf deutet zumindest das Beispiel der großen Industriestadt Shenyang hin. Dort sind 95% aller Neueinstellungen der letzten Jahre (insgesamt 60.000) nach dem neuen Vertragssystem vollzogen worden. "In Shenyang wurden alle Vertragsarbeiter durch einheitliche Einstellungsprüfungen unter arbeitslosen jungen Leuten rekrutiert. Das Vertragsarbeitssystem wird auch auf Absolventen technischer Schulen und auf junge Leute angewandt, die die Arbeitsplätze ihrer pensionierten Eltern übernommen haben."

Mit der Ausbreitung des neuen Verfahrens dürfte die Beschäftigungspraxis staatlicher chinesischer Betriebe den Gewohnheiten großer japanischer Konzerne nahekomen,

die neben einer Stammebelegschaft (lebenslange Beschäftigungsgarantie) eine (kündbare) Zusatzbelegschaft auf Zeitbasis führen, um auf unterschiedliche konjunkturelle Situationen entsprechend reagieren zu können. Im chinesischen Fall scheint das Moment der besseren individuellen Leistungskontrolle als ein weiteres Motiv hinzuzukommen. Das geht aus einer Reihe von Beispielen für die Zusammensetzung des Gesamteinkommens der Arbeitskräfte hervor. Der "feste Grundlohn" beläuft sich danach im Durchschnitt auf nur zwei Drittel des Gesamteinkommens, der Rest basiert auf Leistungsprämien.

Strenggenommen ist das neue Einstellungsverfahren keineswegs neu. In der Praxis arbeiteten die staatlichen Industriebetriebe Chinas mehr oder weniger inoffiziell bereits seit den 50er Jahren mit diesem Verfahren. Der wesentliche Unterschied zur Gegenwart bestand darin, daß Verträge nicht zwischen den Betrieben und einzelnen Arbeitnehmern geschlossen wurden, sondern in indirekter Form zwischen den Betrieben und den kollektiven Einheiten, aus denen die zu rekrutierenden Arbeitskräfte kamen. (XNA, 30.06.86) -ma-

TAIWAN

*

*

*(49)

Lee Kuan Yews offener Besuch in Taipei

Zwischen dem 28. und 30. Juni fand ein dreitägiger Besuch von Singapurs Premierminister Lee Kuan Yew in Taipei statt. Dies war der achte Aufenthalt Lees auf der Insel seit 1973 (ZYRB, 29.6.86). Allerdings waren die ersten sechs Besuche von beiden Seiten offiziell geheimgehalten worden. Erst bei seinem siebten Aufenthalt am 5. und 6. November des vergangenen Jahres wurde nach der Beendigung des Programms eine kurze Nachricht von der Taipeier Regierung veröffentlicht. Diesmal war die Nachricht von Lees Besuch schon vor seiner Ankunft auf der Insel verbreitet worden (ZYRB, 27.6.86).

Singapur unterhält weder zu Beijing noch zu Taipei diplomatische Beziehungen. Vor vielen Jahren schon hatte Lee Kuan Yew angekündigt, diplomatische Beziehungen zu der VR China aufnehmen zu wollen, doch will er, nach seinen eigenen Worten, mit diesem Schritt warten, bis alle anderen ASEAN-Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing vollzogen haben - zur Zeit unterhält unter den ASEAN-Staaten außer Singapur nur noch Indonesien keine diplomati-

schen Beziehungen zu Beijing. Abgesehen von den formalen diplomatischen Beziehungen hat Singapur enge Handelsbeziehungen sowohl mit Taiwan als auch mit der VR China. Es hat Handelsbüros in Beijing und in Taipei, und diese sind mit gleicher Mission in Singapur vertreten. Außerdem schenkt man der Chinapolitik Singapurs besondere Aufmerksamkeit, weil die meisten seiner Einwohner einschließlich des Premierministers Lee chinesischer Abstammung sind.

In den vergangenen Jahren hatte Lee die VR China mehrmals offiziell besucht. Sein letzter offizieller Besuch dort fand vom 13. bis 15. September vorigen Jahres statt. Die Tatsache, daß er kurz danach, am 5. und 6. November in Taiwan eintraf und, wie gesagt, sein Besuch auf der Insel zum ersten Mal offiziell nicht mehr geheimgehalten wurde, gab Anlaß zu Spekulationen über eine Vermittlerrolle Lees zwischen Beijing und Taipei (vgl. LHB, 29.6.86). Die Spekulationen fanden noch mehr Nahrung dadurch, daß Jiang Xiaowu, zweiter Sohn des Staatspräsidenten Jiang Jinguo, am 17. Februar d.J. überraschend zum stellvertretenden Leiter der Handelsrepräsentation Taiwans in Singapur ernannt wurde. Gleich nach der Bekanntgabe seiner Ernennung traf Jiang Xiaowu am folgenden Tag, dem 18. Februar, in Singapur ein. Gerade zu der Zeit befand sich dort eine Wirtschaftsdelegation aus Beijing unter der Leitung des Staatsrats (Kabinettsmitglieds) Gu Mu (vgl. dazu Guangjiao, Hongkong, 16.3.86).

Seine ersten sechs Taiwanreisen hatte Lee Kuan Yew offenbar unter Berücksichtigung von Singapurs Beziehungen zu der VR China geheimgehalten. Inzwischen muß er zumindest die Zustimmung Beijings für seinen offenen Besuch in Taiwan erhalten haben, egal, ob er die Rolle des Vermittlers zwischen beiden chinesischen Regierungen spielt oder nicht. Nach einer Meldung der LHB (29.6.86) erklärte ein Beamter des Außenministeriums in Taipei, daß man diesmal den Besuch Lees in Taiwan vorher bekanntgeben habe, um unnötige Spekulationen zu vermeiden.

Vor seiner letzten Reise nach Taiwan hatte Lee Südkorea einen offiziellen Besuch abgestattet, danach fuhr er zu einem weiteren offiziellen Besuch auf die Philippinen. Ziel seiner Tour war es, nach Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen diesen asiatischen Schwellenländern gegen die protektionistischen Tendenzen der US-Handelspolitik zu suchen (Shibao-xinwen Zhoukan, Taipei, 1986/No. 6, S. 18 ff).

Bei seiner Ankunft in Taipei wurde Lee von Staatspräsident Jiang Jingguo persönlich begrüßt, doch alle Formalitäten eines offiziellen Besuches wurden eingeschränkt. So wurde Lee z.B. in der privaten Residenz Jangs empfangen. Laut einer Pressemeldung Taiwans erörterten die beiden politischen Führer in einem einstündigen Gespräch außer Wirtschaftsthemen auch die internationale Lage in der Region (ZYRB u. LHB, 30.6.86). -ni-

*(50)

Wichtige Ämter neu besetzt

Am 18. Juni fand in der Führung der Taipeier Regierung eine kleine, aber bedeutsame Personalveränderung statt: das Amt des Verteidigungsministers und das des Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrates wurden neu besetzt (ZYRB u. LHB, 19.6.86). Wang Daoyuan (73) löste Sung Changzhi (70) als Verteidigungsminister ab. Traditionell war dieses Amt fast immer vom Militär besetzt worden. Der neue Verteidigungsminister, der vorher zwar verschiedene höhere Ämter in demselben Ministerium innehatte, wie z.B. Leiter der Militärjustiz und Staatssekretär, ist aber kein Berufssoldat. Vor seiner neuen Ernennung war er Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats. Dieses Amt übernahm General Jiang Weiguo (Wego Chiang, 69), Halbbruder des Staatspräsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo). (Auf Taiwan gibt es neuerdings das Gerücht, daß Jiang Weiguo kein leibliches Kind, sondern ein Adoptivsohn von Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) sei.) (Taiwan Times, California, 11.1.86; Taiwan Tribune, New York, 3.4.86; Guangjiaojing, Hongkong, 16.3.86, S.11 ff.).

Der Nationale Sicherheitsrat ist ein 1967 kraft der provisorischen Verfassungsbestimmungen gegründetes Organ, das im Notfall die eigentlichen Verfassungsorgane (Exekutive und Gesetzgebung) umgehen und damit alle Macht auf sich konzentrieren kann. Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats ist der Staatspräsident selbst.

Im letzten Jahr hat Präsident Jiang Jingguo wiederholt betont, daß sein Nachfolger nicht aus seiner Familie und daß es nach ihm auch nicht zu einer Militärregierung in Taiwan kommen werde (dazu s. C. a., Dez. 1985, S.881, Ü 43). Mit der Ernennung eines Nichtmilitärs zum Verteidigungsminister will er offenbar den Einfluß des Militärs in der Regierung verringern. Andererseits ist man aber überrascht, daß er Jiang Weiguo in das potentiell mächtige Amt des Generalsekretärs vom Nationalen Sicherheitsrat eingesetzt hat. Jiang Weiguo ist nicht

nur der Bruder des Präsidenten, sondern auch ein Berufssoldat. Er absolvierte eine militärische Ausbildung in Deutschland und den USA und war hintereinander Kommandeur der Panzertruppe, Rektor der Führungsakademie, Rektor der Wehruniversität und Kommandeur der Vereinigten Versorgungsabteilung aller Streitkräfte in Taiwan. In den letzten Jahren bekleidete er das relativ unbedeutende Amt des Direktors der Abteilung für gemeinsame Kampfoperationen im Verteidigungsministerium, und noch vor kurzem hieß es, er werde in diesem Jahr in den Ruhestand treten.

Sowohl Jiang Weiguo als auch Wang Daoyuan stammen vom chinesischen Festland. Neben ihnen wurde noch ein junger einheimischer Politiker, Xiao Tianzan (52), zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt. -ni-

*(51)

Geschäftsverbesserung bei ausländischen Bankfilialen erwartet

Laut Statistiken der Zentralbank Taiwans hatten die 32 Niederlassungen ausländischer Banken auf der Insel im letzten Jahr vor Steuer einen Gesamtverlust in Höhe von 1.746 Mio. NT\$ (39 NT\$ = 1 US\$). Es war das erste Mal seit der Gründung der ersten ausländischen Bankfiliale vor 27 Jahren, daß die ausländischen Bankniederlassungen mit einem Defizit abschließen mußten. Aus Bankkreisen verlautete, daß sich die Lage inzwischen gebessert habe. Die großen Verluste vom letzten Jahr, so die Erklärung, seien hauptsächlich auf nicht einlösbare Forderungen zurückzuführen.

In den letzten vier Jahren hatten die ausländischen Banken, die die Finanzstruktur der meisten einheimischen Firmen, vor allem der mittelständischen und kleinen, nur sehr oberflächlich kannten, großzügig Kredite vergeben und erweitert. Dazu kam die Wirtschaftsflaute in den vergangenen zwei Jahren. In der Regel darf ein fragwürdiger Kredit erst nach Aufforderungen bzw. Mahnungen von zwei Jahren in der Bilanz abgeschrieben werden. So erreichten die Verluste dieser Art bei den ausländischen Bankfilialen im letzten Jahr einen Höhepunkt von über 500 Mio. US\$, was 17% der Gesamtvermögen oder dem dreifachen Wert ihres Gesamtkapitals entspricht. Am schwersten ist die deutsche European Asian Bank betroffen, die mit 2.214 Mio. NT\$ Verlust vor Steuer einen Rekordjahresverlust aller ausländischen Bankfilialen in Taiwan zu verzeichnen hatte. Um dies auszugleichen, mußte die Hauptfirma in Hamburg 50 Mio. US\$ nach Taiwan transferieren (LHB, 6.9.85; ZYRB, 24.6.86).

Nach den Erfahrungen der letzten

Jahre sind die ausländischen Banken jetzt bei Kreditvergaben vorsichtiger geworden. Der Berg nicht einlösbarer Forderungen nimmt ab. Die Wiederbelebung der Exporte Taiwans im ersten Halbjahr d.J. stabilisierte auch die Kreditgeschäfte. Außerdem hat die Regierung die Einschränkungen der Aktivitäten ausländischer Bankfilialen in Taiwan seit Anfang dieses Jahres mehrmals gelockert. Eine ausländische Bank darf nun eine zweite Filiale eröffnen, wenn sie mit ihrer ersten innerhalb von zwei Jahren die Bankgesetze nicht verletzt und auch keine Verluste erwirtschaftet hat (LHB, 14.1.86). Allen ausländischen Bankfilialen wird ferner erlaubt, kurzfristige Kredite für die Dauer von sechs Monaten zu vergeben und Sparanlagen unter drei Jahren anzunehmen. Auch die Höchstgrenze eines Einzelkredits wurde erhöht (Central News Agency, Taipei, 19.2.86; LHB, 12.6.86). -ni-

HONGKONG

*

*

*(52)

Hongkongs Außenhandel in den ersten vier Monaten um 3% gestiegen

In den ersten vier Monaten dieses Jahres ist der Außenhandel Hongkongs nach Regierungsangaben mit einem Wert von 152,21 Mrd. HK\$ (7,80 HK\$ = 1 US\$) um 3% gegenüber dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres gestiegen. Während die Exporte einheimischer Produkte mit 40,49 Mrd. HK\$ um 5% zunahm, fielen die Reexporte (Transithandel) mit 33,57 Mrd. HK\$ um 4%. Die Importe stiegen mit einem Wert von 78,15 Mrd. HK\$ um 6%. Daraus ergibt sich für den genannten Zeitraum ein Handelsdefizit von 4,06 Mrd. HK\$.

Auf dem US-Markt, dem größten Absatzmarkt der Kolonie, wurden 6% mehr einheimische Produkte abgesetzt, darunter stiegen die Textilausfuhren als das wichtigste Warenkontingent um 7%. Die Abnahme bei Reexporten ist hauptsächlich auf die Importeinschränkungen Chinas zurückzuführen, insgesamt wurde hier ein Minus von 33% verzeichnet. Allein der Export von Telekommunikations- und Musikanlagen nach China im Transithandel verringerte sich um 71% und der von Elektrogeräten um 64% (AWSJ, 16.6.86).

Auch im Mai wies Hongkong ein Handelsbilanzdefizit von 147 Mio. HK\$ auf (Mai 1985: Exportüberschuß von 928 Mio. HK\$). Der Exportwert einheimischer Waren betrug 12,33 Mrd. HK\$ (+14%) und der der Reexporte 9,87 Mrd. HK\$ (+5,8%). Die Importe lagen bei 22,35 Mrd. HK\$.